

Rettet das „Bembele“... S. 3

GRÜNSPIEGEL



informativ • parteilich • aktuell

Oktober/November/Dezember 2007

Informationen zur grünen Kommunalpolitik
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 33



UTA HERMENAU UND INGRID HÖNLINGER INFORMIEREN ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS

Weltklimatag – Pinguine in der Stadt

Auf Bali geht es um die ganze Welt

Ludwigsburg, 8. Dezember. Morgens um 11:10 Uhr in der Kirchstraße - mal was ganz anderes. Da stehen Pinguine und verteilen die Klimazeitung und Windräder.

Es ist Weltklimatag. Tausende Bürgerinnen und Bürger gehen an diesem Tag in Deutschland und weltweit auf die Straße, um für ei-

ne bessere Klimaschutz-Politik zu demonstrieren. Es soll ein kraftvoller Appell an die Entscheidungsträger nach Bali gehen. Die Verantwortlichen auf der Weltklimakonferenz stehen vor der Nadelprobe für den internationalen Klimaschutz. Es geht um nicht weniger, als um das Überleben von Menschen auf dieser Erde. Der Ortsverband Ludwigsburg

beteiligt sich an diesem Aktionstag und hat einen Infotisch in der Fußgängerzone aufgebaut. Dort informieren Mitglieder und Abgeordnete der Grünen aus Stadt, Kreis und Land über die Auswirkungen des Klimawandels und was jeder und jede Einzelne dagegen machen kann. Nach einer Stunde sind alle Informationen vergriffen.

Klimaschutz ohne wenn und aber

Bundesdelegiertenkonferenz beschließt den Weg zur solaren Gesellschaft

Die Bundesdelegiertenkonferenz hat nochmals deutlich gemacht, dass der Klimawandel und die absehbare Verknappung fossiler Energieträger, zu den ernstesten Bedrohungen zählt, denen die Menschheit je gegenübergestanden hat. Es ist aber auch klar, dass Klimawandel kein Schicksal ist. Die Zeiten sind vorbei, als man glaubte, nur durch fossile Energien und Emission von Treibhausga-

sen könne „Reichtum“ entstehen. Eine energieintelligente Kultur ist technisch möglich. Ohne eine aktive Führungsrolle von uns Bündnisgrünen wird in der Klimapolitik unseres Landes der Aufbruch nicht gelingen. Wir sind die Partei des Überganges zur solaren Gesellschaft. Diese ist ökologisch, weil CO₂-frei und ohne atomares Risiko Energie erzeugt wird. Dabei wissen wir: Ge-

lingen wird dieser Übergang nur, wenn er mehr soziale Gerechtigkeit und mehr gesellschaftliche Freiheit ermöglicht, – anstatt die Schere zwischen Armen und Reichen, zwischen Mächtigen und Machtlosen, weiter zu öffnen. Der Klimawandel stellt die soziale Frage neu, Klimapolitik wird sie beantworten müssen. Deutschland und Europa kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Grüne Weihnachtsfeier und der Sündenfall

Sylvia Kotting-Uhl wirft Gabriel vor: „Er hat nur die Kohle im Kopf“

VON JULIA SCHWEIZER

Weihnachtsfeiern verlaufen normalerweise besinnlich und harmonisch. Nicht so die von Parteien.

Sylvia Kotting-Uhl rechnete in ihrer Rede mit den großen Energieversorgern und der Regierung ab. Mit der Aussage „Das Klimaschutzpaket verdient seinen Namen nicht wirklich“, machte die umweltpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion gleich zu Beginn klar, was sie von der neuen Initiative von Angela Merkel hält. Und auch der Umweltmi-

nister bekam sein Fett weg: „Kohle ist der Sündenfall von Gabriel“, sagte sie und rief den zahlreich erschienenen Mitgliedern noch einmal bisherige Entscheidungen von Sigmar Gabriel ins Gedächtnis. Um wirklich die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen, müsse man mehr auf Biokraftstoffe setzen, forderte sie. Und auch wenn sich die Regierung nun einen „grünen Anstrich“ gebe: Die bisherigen Initiativen oder Entscheidungen hätten gezeigt, dass es die Regierung nicht immer ernst meine mit ihrer neu entdeckten Liebe zur Umwelt. „Ohne Grün geht's nicht“. (Fortsetzung, S. 3)



Grundeinkommen

Landesdelegiertenkonferenz für Grundeinkommen

VON DIRK WERHAHN

Sonntag Mittag kurz nach 14.00 Uhr. Es herrscht eine angespannte, ja knisternde Stimmung im Saal. Nach teilweise heftiger Debatte wird das Ergebnis der Abstimmung bedingungsloses Grundeinkommen oder bedarfsgeprüfte Grundsicherung verkündigt.

Aber kurz zurück was bis dahin geschah. Reinhard Bütikofer machte den Anfang und sprach allgemeine zur Lage in Berlin und zur Sozialpolitik. Dabei machte er deutlich, dass im Bezug auf die Richtung der grünen Sozialpolitik eine klärende Diskussion notwendig sei. Diese sollte folgen. Aber erst einmal stellte Daniel Mouratidis (Landesvorsitzender) den Antrag des Landesvorstandes „Aufbruch in der Sozialpolitik“ vor, in dem die Gemeinsamkeiten der grünen Sozialpolitik beschrieben sind. Dieser wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nun war es aber mit der Harmonie zu Ende und es wurde spannend.

In einer emotionalen Rede warb Fritz Kuhn (Fraktionsvorsitzender im Bundestag) für den Antrag zur bedarfsgeprüften Grundsicherung und bezeichnete den Antrag zum bedingungslosen Grundeinkommen als nicht finanzierbar. Sylvia Kotting-Uhl (MdB) entgegnete mit ihrem Beitrag, dass mit dem Antrag des bedingungslosen Grundeinkommens ein „Sozialstaat angestrebt wird, der den

Menschen ihre Würde lässt.“ In ruhiger und gelassener Art legte Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, nach und arbeitete heraus, dass das Konzept finanzierbar sei und gab zu bedenken: „Ein Sozialstaat, der nur funktioniert, weil er viele nicht erreicht, die er erreichen sollte, ist eine Farce.“ Neben diesen beiden Anträgen stand auch ein weitergehender Antrag der Grünen Jugend im Raum: Sie fordern 930 EUR für jeden. Kinder bekommen jeweils 465 EUR, die andere Hälfte wird für Ausgaben im Bildungssektor investiert.

Nach einer langen intensiven, emotionalen Debatte, in der auch Betroffene sowohl für den einen wie auch den anderen Antrag sprachen, wird in der Tendenzabstimmung deutlich, dass es zum Showdown zwischen dem Antrag „bedingungsloses Grundeinkommen“ und „bedarfsgeprüfte Grundsicherung“ kommt.

Sonntag Mittag kurz nach 14.00 Uhr. Es herrscht eine angespannte, ja knisternde Stimmung im Saal. Und dann wird dass für alle in seiner Deutlichkeit überraschenden Ergebnis verkündet: 59,4 Prozent der Delegierten stimmten für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Nur 39,6 Prozent votierten für eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Jubel und Staunen über die Deutlichkeit bricht bei den BefürworterInnen aus.

Grundsicherung

Bundesdelegiertenkonferenz für Grundsicherung

EIN KOMMENTAR VON DIRK WERHAHN

Drei Tage unter dem Motto „Jetzt. Für morgen.“ sind zu Ende. Die Debatte über die Grüne Sozialpolitik der Zukunft hat aber erst begonnen. Dies zeigt das Ergebnis der Abstimmung. So haben sich 58,6 Prozent für den Antrag des Bundesvorstandes und somit für die Grundsicherung entschieden, aber es haben auch 41,4 Prozent der Delegierten für den Antrag von Baden-Württemberg und somit für ein Grundeinkommen gestimmt. Der Beschluss Grundsicherung trägt durch die Übernahmen von Änderungsanträgen auch die Handschrift der GrundeinkommensbefürworterInnen. In Gesprächen am Rande der Bundesdelegiertenkonferenz wird deutlich,

dass sich noch mehr als 41,4 Prozent der Delegierten für ein Grundeinkommen erwärmen könnten, aber dass auf dieser BDK die Zeit hierfür noch nicht reif sei. Viele wollten dem Bundesvorstand eine Niederlage ersparen. Andere wie Boris Palmer unterscheiden zwischen kurz- und langfristig: Der Antrag des Bundesvorstandes beschreibt seiner Meinung nach, was in der nächsten Legislaturperiode zu machen ist. Aber es sei auch wichtig, dass die Grünen die Debatte über das Grundeinkommen weiterführen.

Der Bundesparteitag „Jetzt. Für Morgen.“ ist zu Ende. Die Debatte beginnt: „Für Morgen Grundsicherung. Übermorgen Grundeinkommen.“

Verbindende Sonneblume

Bundesdelegiertenkonferenz stimmt über neues Logo ab

VON DIRK WERHAHN

Die Entscheidung war spannend und es hat am Freitag Abend auf der BDK auch sehr lange gedauert. Mit dem Beschluss hat die Partei aber nun ein neues Logo. Der Entwurf steht am stärksten in der Kontinuität des aktuellen Logos. Die Funktion der Sonneblume – von Joseph Beuys gestaltet – ist im Vergleich zum aktuellen Logo kaum verändert. Sie verbind-

det die beiden Teile des Parteinauens, kann aber nicht als eigenständiges Erkennungszeichen eingesetzt werden.



Energiekonzept Hartenecker Höhe

Grüne fordern ein vorbildliches Energiekonzept für die Hartenecker Höhe

VON SIEGFRIED RAPP

Auf dem 18 Hektar großen Areal der ehemaligen Flak-Kaserne entsteht das letzte große Baugebiet auf Ludwigsburger Gemarkung. Mehr als 1.500 Ludwigsburger und neue Bürger werden hier einmal wohnen. Die Ludwigsburger Grünen fordern deshalb die Umsetzung eines vorbildlichen Energie-Konzeptes. Die Höhe der Energie- und Heizkosten einer Wohnung werden in Zukunft ein entscheidendes Qualitätsmerkmal für Mieter und Vermieter darstellen. Deshalb müssen wir heute die richtigen Entscheidungen für ein intelligentes Energiekonzept auf der Hartenecker Höhe treffen. In einem Antrag an die Stadtverwaltung fordert die Gemeinderatsfraktion der Grünen, in diesem Neubau-Gebiet einen Energie-Mix zu planen, der die Risiken der fossilen Energieträger vermeidet. Es solle eine Mischung aus Nahwär-

me, Solarenergie, Geothermie und weiteren regenerativen Energien eingesetzt werden. Ludwigsburg könne dadurch einen wichtigen Beitrag gegen den Treibhaus-Effekt und für die Lebensqualität der zukünftigen Bewohner der Hartenecker Höhe leisten.



Die Grüne Fraktion weist ausdrücklich darauf hin, dass alle Bauträger aufgefordert sind, gut durchdachte und innovative Pläne vorzulegen. Die Haus- und Gebäudetechnik habe schon heute alle Möglichkeiten, um Häuser zu bauen, die wenig Energie verbrauchen, in denen hohe und höchste Ansprüche bis hin zu KfW 40-Ansprüchen erreicht werden. „Meine

Fraktion wird in allen Beratungen darauf achten, dass wir hier die besten Energie-Standards erreichen. Die Hartenecker Höhe soll für Ludwigsburg ein energiepolitisches Premium-Wohngebiet werden,“ formuliert Stadtrat Christian Kopp die Vision für dieses Neu-

bau-Areal. Diese Ziele sollen auch dadurch erreicht werden, dass die LEA – Ludwigsburger Energie-Agentur und die Stadtwerke Ludwigsburg in die Planungen mit einbezogen werden. Darüber hinaus regen die Grünen einen Ideen-Wettbewerb an, an dem sich Bauträger und die Stadtverwaltung, aber auch Bürger beteiligen sollen.

Umweltzone Ludwigsburg

Keine Herausnahme von Gebieten aus der Umweltzone

VON JÜRGEN WALTER

Die Entscheidung des Regierungspräsidiums Stuttgart, die mit der Stadt Ludwigsburg abgestimmten Planungen für eine Umweltzone, ohne weitere Absprache mit der Stadt abzuändern, hat der Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Walter zum Anlass für eine Anfrage an die Landesregierung genommen. Es sei inhaltlich nicht nachvollziehbar, dass die ursprüngliche Planung mit einer Einbeziehung des Tammer Feldes sowie von Poppenweiler und Neckarweihingen nun ohne weitere Rücksprache mit der Stadt Ludwigsburg geändert wurde.

„Die Kritik der Stadt Ludwigsburg an diesem eigenwilligen Vorgehen, wesentliche Teile des Stadt aus der Umweltzone herauszunehmen, teile ich ausdrücklich“, so Jürgen Walter. „Die neuen Planungen spalten die Bürger der Stadt Ludwigsburg in einen schutzwür-

digen und einen nicht schutzwürdigen Teil und fördern den Einzelhandel auf der Grünen Wiese zu Lasten des innerstädtischen Einzelhandels“.

Die Akzeptanz der Umweltzone in der Bevölkerung werde durch das eigenmächtige Handeln des Regierungspräsidiums sicherlich nicht erhöhen. Die Umweltzone sei zudem nur sinnvoll, wenn sie einen größeren Raum umfasse. Wenn man sich schon auf relativ kleine Gebiete konzentriere, dann müssten diese wenigstens in sich geschlossen sein. Ansonsten werde es nicht zu einer messbaren Reduzierung der Schadstoffe kommen.

„Die Landesregierung musste zunächst zum Jagen getragen werden und jetzt wird die Umweltzone in Ludwigsburg noch völlig verwässert. Dies steht im krassen Gegensatz zum bürokratischen Aufwand, der zur Umsetzung der Maßnahme nötig ist“, sagte Walter.

20 000 Euro aus Sitzungsgeldern für Ludwigsburger Projekte

Ludwigsburger GemeinderätInnen von Bündnis 90/Die Grünen zahlen freiwillig einen Teil ihrer Sitzungsgelder auf ein Sonderkonto

VON ROSWITHA MATSCHINER

Seit 12 Jahren zahlen die Ludwigsburger GemeinderätInnen von Bündnis 90/Die Grünen freiwillig einen Teil ihrer Sitzungsgelder auf ein Sonderkonto. Von diesem Konto spendet die Fraktion mehrmals im Jahr an Ludwigsburger Projekte.

Das Stadtteilbüro Sonnenberg, der Kinderschutzbund, die Charlottenkrippe, die Aktion „Aktiv gegen Männergewalt“, der Spiel- und Lernclub, der Verein „Silberdistel“, der Bürgerverein Pattonville,

die Aktion „Aktiv gegen Männergewalt“, die Ludwigstafel, die Solarinitiative Ludwigsburg, das Jugendcafé Obweil, das Arbeitslosenzentrum, der Frauennotruf, das Hans-Klenk-Heim, die Wohnungslosenhilfe, die Bürgerinitiative „Rettet den Riedgraben“, der Fond „Jugend-Bildung-Zukunft“, der Kleintierzüchterverein und der Musikverein in Obweil, sowie der Obst- und Gartenbauverein in Neckarweihingen haben schon davon profitiert.

Die Grundschule Pflugfelden erhielt einen Zuschuss für ein Theaterprojekt, das Pfarramt der

Kreuzkirche für Hausaufgabenbetreuung, die Jugendmusikschule für einen Flügel, das Ludwigsburger Büro des ADFC für sein Jahresprogramm, das Goethe-Gymnasium für die EDV-Ausstattung, „Respons“ die Agentur für soziale Fragen für eine Werkbank, die Pestalozzischule für die Schulhofumgestaltung, StudentInnen der Filmakademie für ihr Filmprojekt zum Thema Integration, der Robbinsonspielplatz in Neckarweihingen für die neue Küche, die Martinsgemeinde in Grünbühl für die Mädchenarbeit, der Verein „Frauen für Frauen“ für die Kampagne

gegen Zwangsprostitution. Angesichts der Not denken wir aber auch an Menschen in anderen Ländern. So hat der Verein „Unsere Kinder“, der sich nach dem Krieg um bosnische Kinder und Kriegswaisen kümmert, ebenso einen Zuschuss erhalten wie der Ludwigsburger Ortsverband von „amnesty international“ und die Frauengruppe „Ariadna“ aus der Partnerstadt Jevpatoria.

Außerdem haben wir eine Partnerschaft für ein Erdbebenopfer in Gülcük (Türkei) und für eine Ausbildung einer Frau in Afghanistan durch den Verein Kinderberg in-

ternational übernommen; wir haben ein Stück Regenwald vor dem Abholzen geschützt und brasilianische Öko-Bauern im Kampf gegen Gentechnik und Großkonzerne, sowie das Schulprojekt für Burkina Faso unterstützt.

Die letzte Spende erhielt der 3. Welt-Laden zu seinem 30. Jubiläum. Mit den 500 € wird das Frauenzentrum Sharakh in Afghanistan gefördert.

So sind inzwischen über 20 000 € aus Sitzungsgeldern in sinnvolle Projekte geflossen.

Chance für einen attraktiven Westausgang am Bahnhof vertan

Pläne für ein weiteres Parkhaus der Multifunktionshalle verhindern eine attraktive Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes

VON ROSWITHA MATSCHINER

Der Bahnhof ist die Visitenkarte einer Stadt. Ludwigsburg hat mit der Realisierung des Westausgangs zum zweiten Mal die Chance, einen der Stadt würdigen Zugang zum Bahnhof, der täglich von mehr als 30 000 Reisenden frequentiert ist, erhalten. Mit dem Bau des neuen Bahnhofs vor 20 Jahren hatte man sich durch das Ausgeliefertsein an einen Investor den Sachzwängen gebeugt. Klaus Hoffmann hatte damals als grüner Stadtrat vergeblich versucht, das alte Bahnhofsgebäude zu retten (nur das schöne schmiedeeiserne Gerüst der Überdachung am ZOB ist vom alten Bahnhof geblieben). Der Bahnhof, wie er sich heute zeigt, ist für alle unbefriedigend und kann die Stadt nicht angemessen präsentieren.

Westausgang ist kein Nebenausgang.

Er kann zu einem mindestens gleichwertigen und hoch frequentierten neuen Zugang werden, wenn die Stadt diese zweite Chance nutzt. Mit ausreichend Kurzzeitparkplätzen wird er der Hauptzugang für Reisende, die mit dem Auto gebracht oder abgeholt werden. Pendler aus der Südstadt, Pflugfelden, Weststadt, Eglosheim, (also nahezu die halbe Stadt), sowie der westlich gelegenen Nachbarorte, die mit dem Fahrrad oder dem Bus kommen, werden künftig über den Westausgang zu den Gleisen gelangen. Zusammen mit ausreichend sicheren Fahrradabstellplätzen könnte man auch eine betreute Fahrrad-



station am Bahnhof schaffen wo Leihfahrräder zur Verfügung stehen und Fahrräder auch repariert werden können.

Nun hat sich der Gemeinderat mehrheitlich für eine Variante der Multifunktionshalle entschieden,

die 440 Stellplätze in einem neuen Parkhaus am Westausgang nachweisen will. Durch ein Parkhaus an dieser Stelle, werden die Nutzungen und eine attraktive Gestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität, wie es für einen attraktiven



Zugang nötig wäre, verbaut. Ein Parkhaus ist für Pendler nicht nötig. Wer lässt schon sein Auto den ganzen Tag am Bahnhof stehen und zahlt dafür eine hohe Gebühr wenn er ohne Zusatzkosten den Bus nutzen kann? Deshalb sind das an der Bahnhofstraße gelegene Parkdeck und die Tiefgarage (unter dem Fahrradparkplatz) auch gar nicht ausgelastet. Die treibende Kraft für den Westausgang darf nicht der Stellplatznachweis für die Multifunktionshalle sein. Dann hätte die Entscheidung für die Multifunktionshalle nachhaltig negative Auswirkung auf die Stadtplanung.

Umweltfreundliche Anreise fördern!

Die Multifunktionshalle kann mit der direkten Lage am Bahnhof optimal mit dem öffentlichen Verkehr erreicht werden. Aber wenn der Investor der Halle am Bahnhof ein Parkhaus baut, wird er ein Interesse daran haben, dass es ausgelastet ist und keine Werbung dafür machen, dass Besucher mit dem ÖV anreisen oder dafür gar einen Nachlass auf den Eintritt gewähren. Für das geplante Hotel und die Halle stehen in einer Tiefgarage unter der Halle 350 Parkplätze zur Verfügung. Weitere 1000 bis 1200 Parkplätze gibt es heute schon im direkten Umfeld. Sollten dennoch weitere Parkplätze benötigt werden, könnten diese z.B. hinter der Volksbank oder auf dem Keplerdreieck entstehen. Dieser Verkehr würde dann nicht zusätzlich den Bahnhofsvorplatz belasten und die Besucherströme bei großen Events würden sich aufteilen. Mit einem

Parkhaus am Westausgang wird eine Signalregelung für die Fußgängerquerung auf der Pflugfelder Straße erforderlich, weil nach Veranstaltungsende hunderte von KFZ in Richtung Schwieberdinger Straße fahren und gleichzeitig die Fußgängerströme aus der Halle zum Bahnhof, bzw. Parkhaus die Pflugfelder Straße queren. So haben wir uns eine fußgängerfreundliche Anbindung an den Bahnhof nicht vorgestellt!

Grüne Fraktion beantragt

Die Stadtverwaltung sucht für den geplanten Westausgang am Bahnhof nach einer Alternative ohne Parkhaus. Der neue Zugang zum Bahnhof soll mit Bahnhofsvorplatz, Cafe und Läden für Reisebedarf und Reisezentrum ansprechend gestaltet sein, sowie über ausreichend Kurzzeitparkplätze und ausreichend und sichere Fahrradabstellplätze, möglichst mit Fahrradstation (z.B. „mobile“ in Freiburg) verfügen. Sollte der Westausgang mit diesen Vorgaben nicht mit einem Investor umgesetzt werden können, finanziert die Stadt den Westausgang nach ihren Vorstellungen wie ursprünglich geplant in Kooperation mit der Bahn AG und der Firma Nestlé.

Antrag abgelehnt – Chance vertan

Diesen Antrag haben im Ausschuss leider alle, die bereits der Multifunktionshalle zugestimmt hatten (CDU, FWV, SPD) abgelehnt.

Damit ist die Chance für einen attraktiven Westausgang am Bahnhof endgültig vertan.

Grüne Weihnachtsfeier und der Sündenfall“

(Fortsetzung von S. 1)

Das zeigten auch aktuelle Umfragen, die den Grünen die mit Abstand größte Umweltkompetenz aller Parteien zuschreiben.

Nach so viel Umweltthemen setzte der Grüne Landesvorsitzende Daniel Mouratidis seinen Redeschwerpunkt auf die aktuelle Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung, die vorsieht, ab 1.1.08 alle Telekommunikationsdaten aller Bürger für 6 Monate zu speichern. Er rief die Mitglieder dazu auf, sich an einer derzeit laufenden Sammelklage zu beteiligen. Mehr unter www.vorratsdatenspeicherung.de. Bevor es dann doch noch vorweihnachtlich besinnlich wurde, wähl-

ten die Mitglieder einen Redakteur für die mit einem neuen Statut versehene Redaktion des „Grünspiegels“. Bei der Wahl setzte sich Max Bleif gegen Sebastian Engelmann und Christian Gärtner durch. Die übrigen drei Redaktionsmitglieder wurden bereits zuvor jeweils vom Ortsverband Ludwigsburg, der Gemeinderatsfraktion Ludwigsburg und dem Kreisvorstand ernannt.

Gewählt wurde er zwar nicht, war aber ebenso herzlich willkommen: Der Klimaklaus, der eine gewisse Ähnlichkeit zum Landtagsabgeordneten Jürgen Walter nicht verleugnen konnte, und der die mitgebrachten „Klimawichtel“ an die

Mitglieder verteilte. Großes Gelächter gab es bei den neuen Besitzern der umweltfreundlichen Klimaanlage – in Form eines Fächers – oder der kleinen stromsparenden Glühbirne – einer Kerze samt Ständer. Besonders geehrt wurde das langjährige Grünen-Mitglied Hendrik Lüdke, der eine Spendenaktion zugunsten ärmerer Kinder in der Schillerstadt initiiert hatte, damit auch diese mit Schulmahlzeiten versorgt werden konnten. Eine Flasche Sekt ging auch an Armin Zeeb, der in Eberdingen als Bürgermeister kandidiert und mit 15 % ein doch ganz respektables Ergebnis in der Kürze des Wahlkampfes erreicht hat.

Rettet das „Bembele“

Trasse von Kleinglattbach nach Enzweihingen sichern

VON JOSEF MATSCHINER

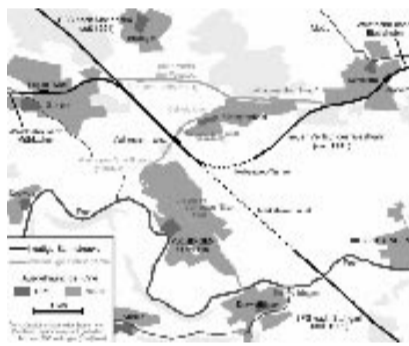
Die Grüne Regionalfraktion will die Trasse der so genannten „Bembelebahn“ von Kleinglattbach nach Enzweihingen sichern.

Ja, für den Schienenverkehr hat es schon mal bessere Zeiten gegeben. Ein Beispiel dafür ist die Schienenstrecke von Kleinglattbach nach Enzweihingen. 1904 ist sie in Betrieb genommen worden, Güter und Personen wurden von der WEG transportiert. Die WEG hat in den letzten Jahrzehnten den Fahrplan immer mehr ausgedünnt. So strich sie den gesamten Wochenendverkehr, sodass der Personenverkehr zuletzt nur werktags abgewickelt wurde und der diente

hauptsächlich dem Schülerverkehr. Der Güterverkehr ist eingebrochen, nachdem die DB die Bedienung des Güterverkehrs unmöglich machte, indem sie den Gütertarifpunkt „Vaihingen (Enz) Nord“ strich. Am 13. Dezember 2002 stellte die WEG den Gesamtbetrieb ein. Der Dieseltriebwagen, der auf der Strecke unterwegs war, hieß im Volksmund das „Bembele“. Die Stadt Vaihingen hat die Strecke sowie die Anbindung an das Streckennetz der DB AG aufgekauft, um den Güterverkehr für die örtliche Industrie zu gewährleisten. Pläne für eine weitere Nutzung, z.B. durch eine Museumsbahn, scheinen sich jedoch zerschlagen zu haben.

Damit die eventuellen Potentiale der Strecke nicht unumkehrbar

verloren gehen, haben wir beantragt, die Trasse zu sichern und eine Wiedernutzung zu untersuchen. Die Schienenstrecke bedient mehrere Teilorte der Stadt Vaihingen und mehrere Gewerbegebiete; das IKG (Interkommunale Grundstücks- und Projektgesellschaft) „Perfekter Standort“ wird tangiert und könnte angebunden werden.



Kreisumlage nicht kürzen

GRÜNE Kreistagsfraktion fordert Stärkung der sozialen Beratungsstellen im Kreis

VON EVA MANNHARDT

Eine Reihe von Anträgen zur Aufstockung von Stellen und Sachkostenzuschüssen wird die Grüne Fraktion in der diesjährigen Haushaltsberatung des Kreistags stellen. „Diese Anpassung ist dringend notwendig“, urteilt der Fraktionsvorsitzende Daniel Renkonen (Ludwigsburg).

Die Beratungsstellen im Kreis arbeiten hart an der Belastungsgrenze. Zunehmender Beratungsbedarf, vor allem im Jugendhilfebereich, führt zu Engpässen und unbefriedigenden Verhältnissen für Berater und Klienten. „Teilweise können wir mit erhöhten Zuschüssen von einigen tausend Euro schon viel erreichen“, bestätigt Kreisrat Claus Langbein (Kornwestheim). Die Beratungsstelle

Silberdistel oder auch die psychologische Beratungsstelle im Landkreis benötigen aber zusätzliche Stellen, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Kreisrätin Marion Bienstock-Hanke (Tamm) ist sich sicher: „Professionelle und zeitnahe Beratung im Problemfall entlastet die Sozialsysteme insgesamt erheblich, weil Krisensituationen meist abgewendet werden können.“ Auf diese Weise werden an anderer Stelle Kosten im Sozialbereich eingespart. Die nachhaltige Wirkung auf den Kreishaushalt wird auch den Kommunen zugute kommen. Kreisrat Armin Haller (Ludwigsburg) ergänzt: „Dieses Jahr haben wir wieder etwas Spielraum im Haushalt, so dass zusätzlich zur Schuldentilgung, die dringend nötigen Mittel im Sozialbereich be-

reit gestellt werden können.“ Vorausgesetzt ist, dass die Kreisumlage auf Antrag von CDU und FWV nicht noch weiter gesenkt wird. Die beiden großen Fraktionen werden voraussichtlich (wie schon in den vergangenen Jahren) die geforderten Stellen ablehnen. Stattdessen werden sie ihren Bürgermeistern via Kreisumlagesenkung ein hübsches Weihnachtsgeschenk präsentieren. Die Bescherung gibt es dann allerdings im Kinder- und Jugendbereich, wo das Geld für Beratung fehlt. Deutliche Worte findet Pressesprecherin Eva Mannhardt (Kornthal-Münchingen): „Einmal mehr beweisen CDU und FWV, dass sie nicht nachhaltig denken und Steuerverwendung ganz dreist in der Öffentlichkeit noch als Wohltat darstellen.“

Auf den Spuren der Keuper-Zeit

Grünes Wandern – gut für Haut und Lunge

VON PETRA HEINLE-HETTIG

Am Sonntag, 21.10.07 wurde wieder „grün“ gewandert – diesmal durch den Stromberg. Das Wetter war zunächst nicht sehr ansprechend, doch alle Wanderfreudigen waren sich einig, dass die frische und feuchte Luft nur gut für Haut und Lunge sein kann.

Bei guter Laune machten sich die 13 Wanderer auf den Weg zum „weißen Steinbruch“ oberhalb von Ochsenbach und Pfaffenhofen. Dieser war von 1902 bis 1914 in Betrieb und diente dem Abbau von Baumaterial. Hier finden sich Tri-

asgestein und eiszeitliche Ablagerungen. Charakteristische Zeugen der Keuper-Zeit sind vor allem die Sandsteine wie Schilfsandstein und Stubensandstein. Die ansprechenden Schautafeln führten uns zurück in die Trias-Zeit. Besonders bekannt ist der „weiße Steinbruch“ durch seine Saurierfunde wie beispielsweise Sellosoaurus, Plateosaurus oder Dachschildelurch. Nach zweieinhalb Stunden knurrten schon die ersten Mägen und so war der anschließende Abstieg nach Ochsenbach vom Hunger getrieben. Bei gut schwäbischer Küche blieb nichts auf den Tellern zurück und so ging ein Teil der Gruppe sogar zu Fuß wieder

zurück zum Ausgangspunkt. Alle waren sich einig, dass es wieder eine wunderschöne Wanderung war, die auch dazu diente, die Schönheit der Natur in der unmittelbaren Umgebung kennenzulernen.



Mittelstand fördern

Wirtschaftspolitische Sprecherin in Ditzingen



Von links nach rechts Dr. Mathias Kammüller und Dr. Nicola Leibinger-Kammüller von der Trumpf GmbH & Co. KG, Susanne Schwarz-Zeeb, Kerstin Andreae (MdB), Ingrid Hönlinger, Doris Renninger

VON INGRID HÖNLINGER

Am 26.09.2007 besuchte MdB Kerstin Andreae, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Ditzingen

Triumph GmbH + Co. KG – Ständige Innovationen

Zu dem ersten Termin bei der Firma TRUMPF GmbH + Co. KG wurde Kerstin Andreae von Ingrid Hönlinger (Kreisvorstand der Grünen), Susanne Schwarz-Zeeb (Fraktionsvorsitzende im Vaihinger Gemeinderat und Kreiskassiererin), Armin Zeeb (Kreisrat und Gemeinderat in Vaihingen) sowie Doris Renninger (Kreisrätin und Gemeinderätin in Ditzingen) begleitet. Die grüne Delegation wurde zunächst von Geschäftsführer Dr. Mathias Kammüller in die Unternehmensphilosophie eingeführt. Auf großes Interesse stieß die innovative und transparente Unternehmensführung. Für die TRUMPF GmbH + Co. KG, weltgrößtes Unternehmen im Bereich Werkzeugmaschinen, ist ständige Innovation sehr wichtig, nicht nur bei Produkten, sondern auch bei Prozessen oder dem Umgang mit den Mitarbeitern. Dazu gehören eine offene Kommunikationspolitik und die Integration der Mitarbeiter in Veränderungsprozesse, erklärte die Vorsitzende der Geschäftsführung, Dr. Nicola Leibinger-Kammüller. Das Unternehmen legt großen Wert auf die ständige Weiterbildung der Mitarbeiter und auf die kontinuierliche und langfristige Arbeit qualifizierter Frauen und Männer, weshalb TRUMPF beispielsweise auch in eine gute Kinderbetreuung investiert.

IHK – Bürokratieabbau und Erbschaftssteuer

Anschließend besuchte Kerstin Andreae mit Ingrid Hönlinger und dem Ludwigsburger Gemeinderat Siegfried Rapp die IHK der Region Stuttgart, in der ein interessanter Meinungsaustausch mit dem Hauptgeschäftsführer Andreas Richter, dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Bernd Engelhardt, Dr. Hans-Jürgen Reichardt aus dem Geschäftsfeld Innovation und Umwelt, dem stellvertretenden Geschäftsführer der IHK Ludwigsburg, Rainer Boucsein und dem Vizepräsidenten der IHK Ludwigsburg, Thomas Bez stattfand. Große Übereinstimmung

wurde in den Bereichen Steuerpolitik, Bildung und Zuwanderungsfragen gesehen. Hauptgeschäftsführer Richter problematisierte die Frage der bisher nicht geregelten Erbschaftssteuer, die für viele Personengesellschaften von großer Bedeutung ist. Diskutiert wurde auch die Frage des Bürokratieabbaus. Sowohl die Grüne Abgeordnete als auch Richter sehen hier großen Handlungsbedarf.

Um Unternehmern die Selbstständigkeit zu erleichtern, stellte MdB Kerstin Andreae das Konzept der Personengesellschaft mit beschränkter Haftung (PmbH) vor, die als Gegenstück zur umstrittenen englischen „Limited“ gedacht wird.

Die Ausbildungssituation in Baden-Württemberg wurde von beiden Seiten positiv bewertet. Herr Richter von der IHK thematisierte hier die Frage der Ausbildungsreife. Auch problematisierte er, dass die Zulassungsverfahren an den Hochschulen zu lange dauern, wodurch Lehrstellen blockiert werden.

Ditzingen – kommunale Energieversorgung und Kinderbetreuung

Die Reise der Abgeordneten führte abschließend zurück nach Ditzingen zu einem Gespräch mit Oberbürgermeister Makurath, bei dem Doris Renninger und Ulrike Sautter, Gemeinderätinnen der Grünen Liste Ditzingen, sowie Referent Braun aus dem Ditzinger Rathaus anwesend waren.

Diskutiert wurde hier die Frage der kommunalen Energieversorgung. Die Grüne Abgeordnete und der Oberbürgermeister stimmten darin überein, dass die Energienetze in staatliche Hand gehören. Auch die Frage der Kinderbetreuung wurde angesprochen. Oberbürgermeister Makurath thematisierte die Finanzierungsfrage, vor allem im Hinblick auf die laufenden Kosten. Der Betreuungsbedarf ist in Ditzingen zu einem großen Teil gedeckt. Ein Konflikt könnte jedoch entstehen zwischen der kostenlosen Ganztagesbetreuung an Schulen und den übrigen kostenpflichtigen Betreuungseinrichtungen.

Abgeschlossen wurde der Abend im Ratskeller, wo MdB Kerstin Andreae sich den Fragen interessierter Ditzinger Bürger stellte.



Teufelspatent

Beschwerde gegen Einschränkung des Patents auf Stammzellen endgültig abgewiesen.

VON ARMIN ZEEB UND
HANS-JÖRG SCHALLER

„Die Rücknahme dieses Teufelspatents zur Züchtung von Embryonen und zum Klonen ist ein Sieg der Menschlichkeit“. Dieses Zitat stammt nicht etwa von Armin Zeeb, an dessen Esstisch der entscheidende Einspruch gegen das besagte Patent entstanden ist, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden des Ärzteverbandes Marburger Bund, Frank Ulrich Montgomery. Doch selbst ein ungestümes Medienecho im Jahre 2002 auf die erfolgreiche Beschränkung des sogenannten Teufelspatents EP 695 351 der Universität von Edinburgh auf nicht-menschliche, adulte Stammzellen (z.B. aus dem Blut der Nabelschnur) hat den Erfinder Professor Smith und seinen Arbeitgeber, die Universität Edinburgh, der Geburtsstätte von Klonenschaf Dolly, nicht davon abgehalten, Beschwerde gegen die Entscheidung der Einspruchsabteilung des Europäischen Patentamts (EPA) einzu-

legen und eine deutliche Erweiterung ihres zuvor beschränkten Patents zu beantragen. Es sollte aber noch bis 2007 dauern, bis die Universität Edinburgh vor der Technischen Beschwerdekammer des EPA den Versuch, erneut in die Schöpfung eingreifen zu wollen, endgültig zurückgenommen hat. Doch was war bis dahin geschehen? Die Dollyschöpfer haben bereits 1993 den weiter oben beschriebenen Beitrag zur Schöpfungsgeschichte, beim EPA zum Patent angemeldet. Eine Patenterteilung erfolgte 1999. Es war das Verdienst von Dr. Christoph Then von Greenpeace, dass die Erteilung überhaupt bemerkt und öffentlich gemacht wurde. Neben Greenpeace legten u.a. die Regierungen Deutschlands, der Niederlande und Italiens, die Bundestagsfraktion der Grünen sowie die Kirchen Österreichs, die Bürgerinitiative „Kein Patent auf Leben“, die Deutschen Forschungsgemeinschaft und der OV Vaihingen Einspruch ein. Die meisten Einsprüche nannten als Einspruchsgrund

die öffentliche Ordnung und die guten Sitten, denn es wäre theoretisch möglich gewesen, dass ein Forscher mit dem schottischen Verfahren menschliche Stammzellen genetisch verändert und sie dann zu einem patentierten Menschen züchtet. Doch zurück zum Zebschen Esstisch. Der Vertreter der Vaihinger Grünen vorm EPA, Hans-Jörg Schaller, erkannte schon im Jahr 2000, dass eine Einspruchsbegründung, die auch einer möglichen Beschwerde trotzen kann, weitere Einspruchsgründe umfassen müsse. Aus diesem Grund bemühte der OV Vaihingen gemeinsam mit dem Grünen Kreisverband Ludwigsburg u.a. das ausdrückliche Verbot der Patentierung des Menschen und das Verbot des Eingriffs in das menschliche Erbgut sowie die Tatsache, dass das Patent den beanspruchten Gegenstand nicht so deutlich und vollständig offenbart, dass ein Fachmann ihn ausführen kann. Die Klonforscher hatten ihr Verfahren an Mäusezellen entwickelt und erprobt, die Patentan-

sprüche aber, ohne dies im Detail weiter zu beschreiben, auf andere Arten wie eben auch auf den Menschen ausgedehnt. Diese nicht ausreichende Offenbarung hat nun gestern zur Zurückweisung der Beschwerde geführt. Für Armin Zeeb ist dies kein Grund zum Jubeln. Allein das EPA hat mittlerweile weitgehend unbemerkt mehrere Tausend Patente auf Lebewesen und Pflanzen erteilt. Dies ist eine Entwicklung, so Zeeb, die direkt ins Mittelalter zu Leibeigenschaft und Hungersnöten führt, denn sie schafft weitreichende Monopole für wenige große Unternehmen, was wiederum eine Vermögensumverteilung im Bereich der Landwirtschaft zur Folge hat. Dennoch zog Armin Zeeb ein positives Fazit. Die Einspruchsgebühr in Höhe von damals DM 1200.- war vor 7 Jahren gut angelegtes Geld, denn mit dem vorhandenen Sachverstand und der notwendigen Geduld ist es von Vaihingen aus gelungen, die Welt ein klein wenig besser zu machen, ein „Sieg der Menschlichkeit“.

Nur ein Tunnel ist eine vernünftige Variante

Wölfler: „Wenn Ihr sagt, dass Ihr die Umfahrung A wollt, wird niemand mehr vom Tunnel reden“

VON HARALD GAßNER

Werner Wölfler, Nachfolger von Boris Palmer als verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag, kam zur B 10 nach Enzweihingen, um sich ein persönliches Bild über die verschiedenen Varianten des geplanten Trassenverlaufs zu machen. Zu dieser von den Landes- und den Kreis-Grünen initiierten Begehung hatte Susanne Schwarz-Zeeb noch die Fraktionsvorsitzenden des Vaihinger Gemeinderats, den Vorstand des grünen Ortsvereins, Vertreter der Stadtverwaltung sowie den Ortsvorsteher von Enzweihingen mit seinem Stellvertreter eingeladen.



Beim Abschreiten der Wiesen auf dem Trassenverlauf fiel allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die

landschaftliche Schönheit der Enzau und die Nähe zum Kornberg auf. „Es ist eine Schande, das zu zerstören“, äußerte sich Susanne Häusser-Essig.

„Der Ort wird ja ganz von der Enz abgeschnitten“, äußerte sich Werner Wölfler. Und: „Ist das wirklich eine Umfahrung? Wir stehen ja höchstens 300 m vom Kirchturm weg“. Harald Gaßner kritisierte eine auffallend negative Bewertung der Tunnelvariante durch das Regierungspräsidium: „alle meine Sinne sagen mir, dass wir Vaihinger mit dieser Anfrage überrumpelt werden sollen“. Wölfler bestätigte: „Wenn Ihr sagt, dass Ihr die Umfahrung A wollt, wird niemand mehr vom Tunnel reden“. Es sei Aufgabe der Vaihinger, zu begründen, warum sich die Mehrausgaben durch den Tunnel für die Region rechnen würden. Ulrike Schmidt-Hitschler wollte „einstimmig und deutlich die Vaihinger Interessen vertreten, statt in vorauseilendem Gehorsam die Position des Regierungspräsidiums einzunehmen“.

Eduard Aldinger wies darauf hin, dass die Rampe der Brücke auf Vaihinger Seite „mitten im Hochwassergebiet von 1993“ stehe. Er

fürchte, dass der Naturschutz wegen der Verbauung der Überschwemmungsflächen „noch ein Wörtchen mitreden“ werde, und am Ende keine der Varianten Genehmigungsfähig ist. Bernhard van Dyken: „Die Aufnahme eines Planfeststellungsverfahrens hat die Lösung für Enzweihingen für weitere endlose Jahre nach hinten geschoben. Für mich ist nicht klar, warum 20 Jahre Bedenken gegen eine Umfahrung bestanden haben, und jetzt plötzlich doch eine Trasse kommt“. Werner Wölfler ging auf das Argument ein, dass für das Jahr 2020 über 30 000 Fahrzeuge prognostiziert werden und dass dann der zweibahnige Tunnel nicht ausreichen würde. „Das ist eine planerische Größe“, so Wölfler, „der Verkehr im Tunnel wird

bei starker Frequenz eben langsamer fließen“. Eduard Aldinger gab zu bedenken, dass die Einwohner Enzweihingens an unterschiedlichen Standorten verschiedene Interessen hätten: „für das mittlere Drittel wird der Lärm durch die Umgehung nicht signifikant ansteigen“. Zum Schluss dieses wirklich nachdenklich machenden Ausflugs fasste Armin Zeeb zusammen: „Je mehr ich darüber nachdenke, umso klarer wird mir, dass nur ein Tunnel eine vernünftige Variante ist. Wie machen einen Fehler, wenn wir dieser Umgehung zustimmen“. Gudrun Breiting schlug eine 3-D-Darstellung der landschaftlichen Veränderung vor, „damit jeder sehen kann, was mit dem Enztal im Falle einer Trasse gemacht wird“.

Grünspiegelredaktion

Auf der Kreismitgliederversammlung in Marbach wurde das Grünspiegel-Statut beschlossen. Dieses sieht unter anderem vier Redakteurinnen und Redakteure für den „Grünspiegel“ vor. Von den jeweiligen Gremien wurden entsandt: Julia Schweizer (Kreisvorstand Ludwigsburg), Uta Hermenau (Gemeinderatsfraktion Ludwigsburg), Dirk Werhahn (Ortsvorstand Ludwigsburg) und Max Bleif (Kreismitgliederversammlung). Eine Vorstellung erfolgt im nächsten Grünspiegel. Über Artikel, LeserInnenbriefe, Rückmeldungen und Anregungen freut sich die Redaktion. (gruenspiegel@gmx.de)

Familienhebamme

GRÜNE Kreistagsfraktion beantragt Familienhebamme

VON DORIS RENNINGER
UND GERLINDE BÄSSLER

Nur 5 Jahre alt wurde Lea-Sophie in Schwerin. Sie ist verhungert und verdurstet. Dies geschieht nicht von heute auf morgen. Ein langer Leidensweg lag hinter dem Mädchen.

Kann so etwas in unserer Gesellschaft möglich sein? Problemsituationen für Kinder und Eltern können erkannt und entschärft werden, wenn rechtzeitig Kontakt zur Familie besteht. Das Projekt „Eine Chance für Kinder“ in den Modellbezirken Braunschweig, Leer und Osnabrück zeigt, dass es sinnvoll ist, beim Kinderschutz am Beginn des Lebens anzusetzen. Hebammen genießen traditionell großes Vertrauen bei jungen Müttern und bieten so gute Voraussetzungen, um sie in allen gesundheitlichen Fragen zu unterstützen. Die Erfahrung in den Modellprojekten hat gezeigt, dass auf diese

Weise ein sehr positiver und nachhaltiger Einfluss auf die Entwicklung des Kindes ausgeübt werden kann.

Die Familienhebammen sollen zusammen mit dem Jugendamt die Bereiche Schwangerschaftsbetreuung, soziale Beratung und Begleitung in lebenspraktischen Fragen, Lebensführung mit Kind, Förderung der Mutter-Kind-Rolle, pflegerische Versorgung des Kindes und die Entscheidung über eine weitere Begleitung abdecken. Gerlinde Bässler (Asperg), Kreisrätin und Mitglied im Jugendhilfeausschuss und Kreisrätin Doris Renninger (Ditzingen), haben deshalb in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses den Antrag eingebracht, für den Landkreis Ludwigsburg eine Familienhebamme einzustellen.

Die Verwaltung sagte zu, den Antrag der Grünen Fraktion in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu bearbeiten.

TERMINE

Freitag, 28. Dezember 2007
Jahresausklang der OVs Mühlacker, Illingen und Vaihingen
19.30 Uhr, Illingen Ratssaal

Donnerstag, 24. Januar 2008
Neujahrsempfang, 20 Uhr
Staatsarchiv Ludwigsburg
(Gastredner: Boris Palmer,
OB von Tübingen)

OV Asperg:
Sonntag, 27. Januar 2008
Jahresessen in der Alten Krone
(beim Rathaus), 18 Uhr

Samstag, 8. März 2008
Radmarkt Goetheschule
Annahme 8.30 - 9.30 Uhr,
Verkauf 9.30 - 11.30 Uhr

Termine bitte an
gruenspiegel@gmx.de

Stuttgart 21

Grüne lehnen weitere
Verbandsgelder ab

VON INGRID GRISCHTSCHENKO

Die Grünen werten den vom Verband Region Stuttgart vorgesehenen Einsatz von 250.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 als erstes Abrücken von der zugesagten Kostenbegrenzung. „Der Kostendeckel ist gesprengt“, sagt die Fraktionsvorsitzende Ingrid Grischtschenko. „Das Projekt darf nicht weiter auf Kosten des regionalen Verkehrs haushaltes gehen.“

„Ein Projekt, das überzeugt, braucht keine derartige Werbung“, betonen die Grünen. Noch dazu sei die Beteiligung des Verbandes an einer Kampagne zum jetzigen Zeitpunkt fragwürdig. Es sei denn, man wolle die Stadt Stuttgart bei einem Bürgerentscheid unterstützen.

Statt in Marketing-Aktionen sollte das Geld nach Ansicht der Grünen in die Vorfinanzierung von Landesmitteln für den S-Bahn-Ausbau als aktuelles Projekt fließen und für die Planungen zur Weiterführung der U6 zur Landesmesse verwendet werden. „Beim Nahverkehr zwackt es inzwischen an allen Enden, und wir lassen bunte Blättchen drucken.“

Impressum

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Uhland, Uhlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Uta Hermenau, Julia Schweizer,
Max Bleif, Dirk Werhahn
gruenspiegel@gmx.de

Druck
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe
Oktober/November/Dezember 2007

Auflage
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

ANZEIGE



Der eine wollte Mozart hören, der andere Beethoven. Fazit: Es gab Händel.

Werner Mitsch, dt. Aphoristiker

Sie haben Fragen zu:

**Trennung und Scheidung / Familie und Erziehung
Erbauseinandersetzungen / Betrieblichen Konflikten
Schulproblemen / Coaching / Konfliktmanagement**

Wir bieten Ihnen:

Mediation, Beratung und maßgeschneiderte Seminare
Terminreservierung unter Telefon 0 71 41/688 79 99

**LIKOM - Ludwigsburger Institut für Konfliktmanagement,
Mediation und Kulturprojekte**
Marktplatz 2, 71634 Ludwigsburg
Telefon 07141/688 79 99, Fax 07141/688 79 97
info@likom.info, www.likom.info

diskret, persönlich, individuell

